

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graumann in Stettin, Kirchplatz 8—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neffamen 30 Pf.

Einschränkung des Güterverkehrs an Sonn- und Feiertagen.

Während die Einschränkung des Eisenbahn-Güterverkehrs an Sonn- und Feiertagen bisher nur aus Rücksicht auf die Sonntagsruhe und die Dienstbefreiung des Eisenbahnpersonals angestrebt wurde und daher ungedacht vielseitiger Bedürfnisse nur von geringem Erfolge begleitet war, hat die durch die ungünstige Finanzlage gebotene weitere Einschränkung der Ausgaben dazu geführt, diese Frage auch vom ökonomischen Standpunkte aus zu prüfen. Sind auch die Ergebnisse des seitens des Herrn Eisenbahnministers bestellten „Kommission zur Feststellung der Verordnungen für eine weitere Ausdehnung der Sonntagsruhe im Güterverkehr“ noch nicht veröffentlicht, so deutet doch die in einzelnen Direktionsbezirken bereits begonnene weitere Einschränkung von Güterzügen an den Sonntagen darauf hin, daß gegenüber den großen Vorteilen für das Personal und für die Verminderung der Betriebsausgaben die sonstigen Bedenken nicht mehr in vollem Umfange aufrecht erhalten werden. Ein Hauptbedenken — der in den letzten Jahren so oft herrschende Wagenmangel, der wegen der Notwendigkeit der Beschleunigung des Wagenumsatzes dazu zwang, auch an den Sonn- und Feiertagen den größten Teil der Güterzüge verkehren zu lassen — scheint in Folge der durch Neubeschaffungen und durch die Erhöhung der Tragfähigkeit vermehrten Leistungsfähigkeit des Güterwagens, sowie in Folge der Ausnahme des Güterverkehrs für die nächste Zeit geschwunden zu sein. Es bleibt daher nur ein anderes Hauptbedenken übrig: in wie weit nämlich die Bahnhöfe, Anlagen, Raum zur Aufstellung der Güter, die Güterzüge, die gegenwärtig die Sonn- und Feiertage rollend auf der freien Strecke verbringen, und dieses Bedenken dürfte allerdings für die weiteren Maßnahmen von entscheidendem Einfluß sein.

Wenn wir übrigens von der Einschränkung des Güterverkehrs sprechen, so haben wir dabei in erster Reihe den Kohlenverkehr im Auge, der ja in den industriellen Bezirken fast $\frac{1}{2}$ des Gesamtverkehrs beträgt und an den Sonn- und Feiertagen vollständig ruhen kann, da an diesen Tagen weder Kohlen auf den Gruben gefördert, noch mit Kohlen beladene Wagen entladen werden. Es fällt somit an jedem Sonn- und Feiertage das Transportquantum eines Tages aus, und da dies in keiner Weise ersetzt werden kann, so ist die natürliche Folge davon, daß die Kohlenzüge wegen mangelhafter Beladung ausfallen können. Diesen Verhältnissen Rechnung tragend, werden an den Sonntagen auf den englischen Bahnen nur etwa 12 Prozent, auf den schottischen Bahnen sogar nur 6 Prozent der Güterzüge befördert.

Was den übrigen Güterverkehr außer Kohlen und Maschinengütern betrifft, so hat zwar die vorgenannte Kommission ebenfalls die Frage zu prüfen, wie sich bei Durchführung der geplanten Maßregel der internationale Güterverkehr gestalten würde; wir glauben jedoch, daß nach den bisherigen Erfahrungen ohne empfindliche Schädigung des Handels und der internationalen Geschäftsbeziehungen der Einschränkung dieses Verkehrs an den Sonn- und Feiertagen nicht eher näher getreten werden kann, bis eine schärfere Verabredung und Beförderung der Güterschuppen-Güter, wenigstens auf den größeren Stationen und Hauptlinien, eingeführt sein wird. Während der englische Geschäftsmann in London, Liverpool, Manchester und anderen großen Städten die Gewißheit hat, daß die am Nachmittag auf dem Güterschuppen aufgegebenen Güter noch am demselben Abend verladen und während der Nacht mit der Geschwindigkeit unserer Güterzüge auf Entfernungen von 400 Kilometer und darüber befördert werden und am nächsten Tage zur Entladung kommen, findet eine gleiche Beförderungswiese nur bei unseren Gütern auf den größeren Stationen und Hauptverkehrslinien statt.

Außerhalb von Gütern ist dagegen auf unseren Bahnen nicht die geringste Gewißheit vorhanden, ob die am Nachmittag auf dem Güterschuppen aufgegebenen Güter noch am demselben Tage zur Verladung und Beförderung kommen, und noch weniger läßt sich innerhalb der Grenzen der sehr langen Reisezeiten berechnen, mit welchem Zuge das Gut auf der Empfangsstation eintreffen oder wann es abgeliefert werden wird. Diese Unsicherheit ist schon langsame und ungewisse Güterbeförderung würde sich aber noch erheblich ungünstiger gestalten, wenn in der Beförderung der über den Güterschuppen gehenden Güter, insbesondere der Kaufmannsgüter, eine Unterbrechung an den Sonn- und Feiertagen stattfände.

Deutschland.

Berlin, 23. April. Zum Besuch des Grafen Görtz wird der Kaiser am Montag, den 25. d. M., in später Nachmittagsstunde in Schloß eintrifft und zwei Tage der Auerbahngasse wohnen. Der Kaiser ist zwar, wie im vorigen Jahre, Gast des Grafen Görtz, wird aber diesmal nicht im Schloße wohnen, sondern auf der Hallenburg, welche in ihrem größeren Teil noch aus dem Mittelalter stammend, einst eine feste Befestigung der Grafen von Görtz, das kleine Städtchen hoch überragt. In Fulda findet nur so viel Aufenthalt statt, als nötig ist, den kaiserlichen Wagen auf das andere Geleise zu schieben. Dort ist jeglicher Empfang verboten.

Die Geburtsstätte der im hohen Greisenalter dahinscheidenden Großherzogin Wilhelmine Alexandrine von Mecklenburg war das hiesige Kronprinzipal-Palais. Hier wurde die hohe Frau in der Nacht zum 23. Februar 1803 geboren, während in den Räumen des Palais gerade ein Hofball stattfand, und es scheint, als ob diese heitere Geburtsstunde auf das Gemüth der lebenswichtigen Fürstin eingewirkt hat. Königin Luise und ihre Oberhofmeisterin Frau von Vohlfaden vor Mitternacht den Ball unmerklich verlassen und das Fest nahm ruhig seinen Fortgang. Da öffneten sich plötzlich die Türen des Saales, und es erschien wiederum Frau v. Vohlfaden im schlichten Nachkleide mit darüber geknüpftem Schleier, um dem König die Mitteilung von der Geburt eines Töchterleins zu machen. Im Saale rief die Feierlichkeit der 74-jährigen Gräfin allgemeine Heiterkeit hervor und Fürst von Wittenstein, der wichtige Kammerherr des Königs, ließ diese Begebenheit durch ein Gemälde verewigen, das der Gräfin Vohlfaden zugleich mit einem

wichtigen Gedicht überreicht wurde. Prinzessin Alexandrine erhielt später mit ihren Geschwistern im „Prinzessinnen-Palais“ ihren Wohnsitz und ihre Erzieherin war die verwitwete Frau Aug. Henr. Vohlfaden, welcher nach ihrem am 24. Februar 1845 erfolgten Tode auf dem hiesigen Parochialkirchhof in der Klosterstraße ein würdiger Denkstein „in dankbarer Erinnerung an ihre mütterliche Führung“ gesetzt wurde.

Die Nachricht, daß in der gegenwärtigen Landtags-Session ein Schulnotations-Gesetz nicht vorgelegt werden soll, wird von der „Nordd. Allg. Ztg.“ offiziell bestätigt. Eine solche Vorlage noch in dieser, dem Ende entgegengehenden Session war in der That, aus äußeren und auch aus politischen Gründen, nicht zu erwarten. Es wird aber von Interesse sein, bei der Verhandlung über den Nachtragsetz zu erfahren, wie das Staatsministerium in seiner jetzigen Zusammenfassung sich zu dem Verlangen der Einbringung eines derartigen Entwurfs in der nächsten Session stellt.

Eine Verleumdungsaufklage gegen den Fürsten Bismarck hat, wie der „Volksztg.“ aus Bismarck geschrieben wird, Redakteur Finsang angelegt wegen der Behauptung, Finsang habe vom Auslande Geld angenommen, um die Industrie zu ruinieren. Wie man sich erinnern wird, hat Fürst Bismarck diese Äußerung am 31. März gegenüber der Bismarck-Deputation gethan. Nach früheren Entscheidungen, so bemerkt dazu die „Freie Ztg.“, untersteht Fürst Bismarck der Militärgerichtsbarkeit, und muß für Klagen gegen denselben in Folge seines hohen militärischen Ranges der Gerichtshof je nachdem durch besondere Kabinettsordres des Königs erst gebildet werden. Da König Wilhelm I. den Erlaß solcher Kabinettsordres ablehnte, so konnte Herr v. Diefenbach, d. i. eine Verleumdungsaufklage gegen den damaligen Reichskanzler nicht zum Austrag bringen. Man darf auf den jetzigen Ausgang der Sache gespannt sein.

Der Kolonialrath hielt gestern, am Freitag um 1 Uhr, seine letzte Sitzung ab. Der Vorsitzende, Geh. Rath Dr. Kayser, machte Mittheilungen über die Verteilung der Summe, welche seiner Zeit für die bei der Witu-Expedition künftigen Beschäftigten gespendet worden ist. Von dieser Summe mehr als 100,000 Mark betragenden Summe ist weitaus der größte Teil im Sinne des Spenders und nach den Beschlüssen des Kolonialraths bereits zur Auszahlung gelangt; ein kleiner Teil soll jetzt noch nachträglich zur Verteilung kommen. Der Kolonialrath beschloß demgemäß. Die Kommission für die Zollordnung in Ostafrika schlug eine längere wichtige Resolution vor, die durch Herrn Herzog begründet, nach kurzer Debatte einstimmig angenommen wurde. Ebenso fand eine Resolution des Geh. Rath Langen einstimmige Annahme, welche lautet: „Wenn auch der Kolonialrath zur Zeit die von Herrn Hofmann (Kolldirektor in Ostafrika) beantragte Vermehrung der Poststellen nicht befürwortet, so empfiehlt derselbe dennoch die Beschaffung von mehreren schnellgehenden Postkutschen zur wirksameren Ueberwindung der Rüste.“ Die in Betreff der Sklaverei eingesetzte Kommission hat den „Fragebogen“, welcher bestimmt ist, zunächst an die Behörden in den Schutzgebieten zur Beantwortung unter Vertretung sonstiger Sachverständigen, Millionen u. s. w. eingesandt zu werden, durchgesehen und schlug nun dem Kolonialrath 28 Fragen vor. Diese wurden einstimmig gutgeheißen. Ebenso gegen einige Stimmen ein Antrag Langen: „Ist es zweckmäßig, gesetzliche Bestimmungen zu erlassen, um die eingeborene Bevölkerung zur Arbeitsleistung a) für öffentliche, b) für private Zwecke heranzuziehen und eventuell welche?“ Außerdem schlug die Kommission eine Resolution vor, welche nach Verlesung durch den Referenten, Konrad Weber und nach kurzer Debatte im Wesentlichen unverändert einstimmig angenommen wurde. Dieselbe lautet: „Der Kolonialrath spricht seine Ansicht dahin aus: 1) daß der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Verfassung des Schutzbereichs, jedenfalls insofern einer Ergänzung bedarf, als die schwersten Verbrechen mit dem Tode bestraft werden sollen; 2) daß auch solche Handlungen als besonders strafbar auszuzeichnen sind, welche mit der Theilnahme an Straftaten auf gleiche Stufe zu stellen sind; 3) daß § 234 St.-G.-B. zur Anwendung zu bringen ist, auch wenn die darin bedrohten Handlungen in einem Gebiete begangen werden, worin sie nicht mit Strafe bestraft sind; 4) daß eine Verordnung mit thätlichen Beschuldigungen zu erlassen ist, welche in umfassender Weise gegen den durch Eingeborene getriebenen Sklavenhandel, Sklavenraub und die damit in Zusammenhang stehenden Straftaten gerichtet ist; 5) daß, wenn in den afrikanischen Schutzgebieten Araber und Angehörige farbiger im Schutzgebiete nicht heimlicher Stämme als Nichteingeborene betrachtet werden sollten, auf sie dieselben Bestimmungen Anwendung zu finden hätten, wie gegen Eingeborene; 6) daß angesichts der gefährlichen Gräuel der Sklavenjagden am Tanganika-See es dringend geboten erscheint, unter Aufbietung größter Mittel, insbesondere zur Anlage befestigter Stationen und zu einer verstärkten Ueberwachung der Rüste gegenüber den Sklavenräubern, innerhalb unserer Interessensphäre gegen die Sklavenräuber und Händler vorzugehen.“ Hierzu gelangte noch ein Antrag Dr. Weipers in folgender Fassung zur Annahme: „Der Kolonialrath spricht den Wunsch aus, daß bei der zur gesetzlichen Regelung der Sklavenfrage anzustellenden Ermittlungen auch die in unseren Schutzgebieten thätigen Missionen gehört werden.“ Fürst Hohenhausen und Herr von Hofmann brachten noch die Frage des Auswanderungs-Gesetzes zur Sprache und beantragten Folgendes: „Der Kolonialrath spricht den Wunsch aus, daß bei der bevorstehenden gesetzlichen Regelung des Auswanderungs-Gesetzes auch auf die Hinführung deutscher Auswanderer nach den dazu geeigneten Schutzgebieten Rücksicht genommen werde, und daß unter dieser Voraussetzung die Vorlage des Entwurfs des Auswanderungs-Gesetzes an der Kolonialrath stattfinden möge, falls der letztere noch vor Zusammentritt des Reichstags zu einer Sitzung einberufen werden sollte.“ Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Dr. Schall hat, daß die in Kamerun im Bau begriffene Quaianlage bis zu den deutschen Faktoreien verlängert werde, was zugesagt wurde. Der Vorsitzende, Geh. Rath Dr. Kayser, gab dann noch einen Rückblick über die Thätigkeit des Kolonialraths in der zu Ende gehenden Session, wobei er hauptsächlich be-

tonnte, daß überall die Beschlüsse und Vorschläge des Kolonialraths zur Ausführung gekommen, und erwähnte u. a. auch, daß in den Kolonien an verschiedenen Stellen Versuchspflanzen und in Kamerun eine Art von botanischem Garten angelegt worden seien. Er dankte dem Kolonialrath für seine Thätigkeit und Mithilfe und sprach die Hoffnung aus, daß die Zeit der Versuche nun vorüber sei und daß er auch bei der Weiterentwicklung der kolonialen Aufgaben in Zukunft auf eine ebenso treue Mitwirkung des Kolonialraths rechnen dürfe wie bisher, einer Institution, die sich nach jeder Richtung hin bewährt habe und die ja auch seiner Zeit ohne irgend eine Zeitbeschränkung durch kaiserliche Verordnungen ins Leben gerufen sei. Fürst Hohenhausen dankte dem Vorsitzenden für die Anerkennung und für die Leitung der Geschäfte, und erklärte seine Befriedigung darüber aus, daß Dr. Kayser jetzt durch persönliche Anwesenheit in Ostafrika den Verhältnissen dort noch näher treten würde, und seine Hoffnung, daß er mit erfreulichen Eindrücken und in voller Gesundheit von dort wieder in seine Thätigkeit hier eintreten werde. Damit schloß die erste Sitzungsperiode des Kolonialraths, welcher bekanntlich von Jahr zu Jahr neu ernannt wird.

Es liegt jetzt die Nachweisung der zur Aufschreibung gelangten Einnahmen an Zöllen und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern sowie anderer Einnahmen des deutschen Reiches für das ganze Finanzjahr 1891—92 vor. Hiernach haben die Zölle rund 404 $\frac{1}{2}$ Millionen Mark oder fast 16 Millionen Mark mehr als im Vorjahre eingebracht, hat die Tabaksteuer 1 $\frac{1}{2}$ Millionen oder eine halbe Million Mark weniger betragen, ist die Verbrauchs-Abgabe von Zucker um eine Million, nämlich auf 55 $\frac{1}{2}$ Millionen Mark gestiegen, hat die Zuckermaterialsteuer bloß 6 $\frac{1}{2}$ Millionen Mark oder 10 Millionen Mark weniger eingebracht. Die Malzsteuer und Branntweinmaterialsteuer hat bei einem Ertrage von 21 Millionen eine Steigerung von 2 $\frac{1}{2}$ Millionen erfahren. Die Verbrauchsabgabe von Branntwein und Zuckersaft zu derselben ist um 7 $\frac{1}{2}$ Millionen zurückgeblieben, indem sie nur 116 Millionen brachte, die Gesamteinnahme beziffert sich auf 686 $\frac{1}{2}$ Millionen oder 1 $\frac{1}{2}$ Millionen mehr als im Vorjahre. Der Ertrag der Wechselstempelsteuer ist um 1 $\frac{1}{2}$ Millionen auf 8 $\frac{1}{2}$ Millionen gestiegen. Die Stempelsteuer für Wertpapiere hat sich um 1 $\frac{1}{2}$ Millionen auf 4 $\frac{1}{2}$ Millionen verringert. Die Stempelsteuer für Kauf- und sonstige Anschaffungs-Geschäfte ist um fast 2 $\frac{1}{2}$ Millionen auf elf Millionen Mark zurückgegangen.

Wien, 22. April. Die „D. Z.“ schreibt: Ueber einen etwaigen Besuch Sr. Majestät des Kaisers auch in unserer Stadt in diesem Frühjahr ist hienorts am maßgebenden Stelle noch nichts bekannt, und es sind in Folge dessen auch noch keinerlei Vorbereitungen für den Empfang des Kaisers getroffen worden. Man glaubt hienorts nicht recht daran, daß der Kaiser in diesem Jahre bei der Ehre seines Besuches stehen wird, weil im nächsten Jahre voraussichtlich ein Kaisermandat zwischen dem 1. und 17. November in dem Gelände zwischen St. Stephan und Hofburg stattfinden dürfte.

Posen, 21. April. Die Schuld an dem Morde an Roselle ist von der katholischen und der polnischen Presse meistens der Erziehung in den Simultan-Schulen in die Schuhe gesetzt worden. Nun stellt sich aber heraus, daß, wie politische Zeitungen selbst zugeben, der größte Verbrecher, der Erziehung, seine Erziehung in der Schule zu einer Zeit erhalten hat, wo Simultan-Schulen in der Provinz Posen noch nicht existierten, auch die polnische Unterrichtssprache noch in Gebrauch war.

Thorn, 21. April. Die letzte Alarmierung unserer Garnison rief bei unsren russischen Nachbarn ein förmliches Mißverständnis hervor. Eine Schwadron unserer Ulanen und eine Abteilung Infanterie hatten nach der Alarmierung preussisch weislich befehl; an der Brücke über die Drenow, welche die beiden Nachbarländer trennt, war ein Posten aufgestellt. Als der auf der Brücke aufgestellte russische Grenzsolat die preussische Wache aufgehen sah, rief er, wie die „Th. Z.“ berichtet, sein Gewehr unter den Arm und machte sich schleunigst aus dem Staube. Winnen Kurzen waren sämtliche in polnisch Weislich liegenden Grenzposten alarmiert und nahmen trübselig mit gefüllten Händen bei der Zollkammer während der ganzen Dauer der Uebung auf preussischer Seite Aufstellung, während der russische Posten auf der Brücke nicht wieder erschien.

Signatung, 22. April. (W. Z. B.) Der Fürst von Hohenzollern ist aus Italien hier wieder eingetroffen.

Oesterreich-Ungarn.

Das „Neue Wiener Tagblatt“ widmete den Berliner Sängern bei ihrer Ankunft in Wien einen Willkommgruß, dem wir nachstehende Sätze entnehmen:

Schon seit den Zeiten, da König Gunther und seine Vargenden donauabwärts zogen, weiß man es, daß die Wiener Gastfreundschaft eine wahre Gastfreundschaft ist, und auf diese haben zu allererst die stammverwandten Bundesgenossen Anspruch, welche den Bund der Völker in rhythmische Formen gießen. Die Berliner Sänger seien an den Ufern der schönen blauen Donau, in der Vaterstadt Franz Schuberts herzlich begrüßt. Mögen sie hier finden, was einst ein großer Dichter als Eigenart unseres Vaterlandes pries, den freien, deutschen Geist in lebensvoller, österreichischer Gewandung! Ein freundlicher Zufall läßt es, daß sie gerade zu einem hohen Fest- und Ehrentage gekommen sind, welcher der Verherrlichung eines auch in deutschen Landen vielgerühmten, österreichischen Feldherrn gilt. Die Worte, welche einst Radetzky an den Prinz-Regenten und nachmaligen Kaiser Wilhelm richteten: „Auch in unserer Brust schlägt stolz ein deutsches Herz und wir räumen Niemandem ein, deutscher zu empfinden“, seien unsern Gästen historische Gewähr, daß sie sich auf unserm heimatlichen Boden nicht als Fremde fühlen dürfen.“

Wien, 22. April. Die Berliner Lieberkehl sind für ihr heutiges erstes Wohlthätigkeits-Konzert im dichtestbesetzten Musikvereinsaal einen großen Erfolg und eine ungewöhnlich warme, gastfreundliche Aufnahme. Mehrere Ehre wurden wiederholt und ein schmeichelfähiger Hymnus auf Wien wurde lebhaft applaudiert. Die schließliche Zugabe des „Deutschen Liedes“ ver-

anlaßte eine stürmische Demonstration. Der Wiener Bürgermeister Bräuer und der deutsche Botschafter Prinz Reuß wuchsen dem Konzert bei, letzterer beglückwünschte den Vereinsvorsitzenden, dem ein großer Lorbeerstrauß überreicht worden war. An das Konzert schloß sich eine gesellige zwanglose Vereinigung im kleinen Musikvereins-Saale.

Wien, 22. April. Offiziell wird die Nachricht der „Wiener Deutschen Zeitung“, Reichskanzler Graf v. Caprivi werde in der nächsten Woche in Karlsruhe den Besuch Radetzky empfangen, demittirt.

Wien, 22. April. (W. Z. B.) Der Kaiser empfing Vormittags den hier weilenden Kommandeur des preussischen Kaiser Franz-Garde-Grenadier-Regiments, Oberst von Unruh, in besonderer Audienz, welcher später mit dem Oberstleutnant v. Deines zum Diner zugezogen wurde.

Wien, 22. April. Ueber die gestern wieder aufgenommenen Währungsberatungen wird offiziell mitgeteilt, daß das Münzgesetz bestimmt Anfangs Mai gleichzeitig den biderseitigen Parlamenten zugehen und „Gesetz über die Einführung der Kronenwährung“ betitelt sein wird. Als Werthverhältnis ist die Höhe von zwei Franken 10 Centimes als unabhängig feststehend zu betrachten. Für die eingezogenen Staatsnoten wird stets ausgeprägtes Gold in den Verkehr gebracht. Außerdem gelangen mindestens 100 Millionen Kronenmünzen gleich 50 Millionen Silber in Umlauf. Ueberdies behalten 150 Millionen Guldenstücke bis zur späteren Umprägung zu Doppelkronen gesetzliche Zahlkraft. Der Umlauf der Notenbank wird anstatt dieser Silbermünzen, soweit sie in den Verkehr gelangen, eine entsprechende Menge Geld ausweisen. Die Staatsnoten bleiben bis zu ihrer thatsächlichen Eingeziehung und Aufnahme der Barzahlungen vollgültig. Der Umlauf, bis wohin auch die Bank zur Einführung der Noten in Gold nicht verpflichtet ist, beträgt 50—60 Millionen Gulden. Die Staatsnoten dürften in Staatskassenscheine umgetauscht werden.

Wien, 22. April. Der Kaiser empfing heute den ungarischen Fürstprimas Bazary nach seiner Rückkehr aus Rom, um dessen Bericht über seine Unternehmung mit dem Papst entgegenzunehmen. Wie verlautet, ergiebt Bazary in Uebereinstimmung mit seiner eigenen Anschauung die Meinung, nicht nur in der ungarischen Weltausstellung, sondern in allen Meinungsverschiedenheiten zwischen Staat und Kirche mit großer Mäßigkeit vorzugehen.

Pest, 21. April. Beide Finanzminister werden die Währungsverordnungen Anfangs Mai in den Parlamenten einbringen und ihren ganzen Einfluß für deren schnelle parlamentarische Behandlung einsetzen. Die Frage der Goldbeschaffung wird von beiden Finanzministern getrennt behandelt. Der ungarische Finanzminister verbindet mit ihr die Umwandlung sämtlicher fünfprozentiger Staatsanleihe, deren Gesamtbetrag sich auf 451 Millionen beläuft.

Pest, 22. April. Ministerpräsident Szary und der kroatische Minister Josipovic haben morgen nach Wien zur Enthüllung des Radetzky-Denkmal.

Frankreich.

Paris, 20. April. Die Regierung kann in Betreff Dahomeys zu keinem Entschlusse kommen. An einem Tage ist sie kriegerisch und läßt starke Truppenbewegungen nach der Elfenküste antworten, am nächsten Tag verurteilt ihre Thatsachen wieder und sie läßt ihre eigenen Mittheilungen berichtigen. Die Ereignisse laufen sich aber an diesen Wechsel der Stimmungen nicht an und gehen ihren Gang. Behanzin, der entschlossene Fortschrittler, besitz nicht nur 4000 gute Hinterlader und einige Gatling-Kanonen, er scheint auch auf europäische Zeitungen abonnirt zu sein und Havas-Depeschen zu empfangen. Wenigstens geht aus einem Briefe, den er dem französischen Residenten in Kotonou schreiben ließ, hervor, daß er bereits von den Reden in der Kammer über die Dahomey-Frage und von den der Regierung bewilligten 3 Millionen Kenntnis hat. Er betrachtet sich als im Kriegszustande befindlich und prahlt, er habe vor den Franzosen keine Angst, sie sollten nur herankommen, er werde sie alle in die Flanke hauen (hat Behanzin auch Fürst Bismarck Rede gelesen?) und Kotonou, Porto-Novo und Groß-Popo dem Gdoben gleich machen. Daß der König von Dahomey die europäischen Angelegenheiten so aufmerksam und mit solchem Augenverfolg, macht ihn zu einem gefährlichen Gegner, als man bisher annahm, und es wird der Regierung doch nichts übrig bleiben, als sich zu einer größeren Anstrengung aufzuraffen, auch wenn die von der Vogeisenbahn hypnotisirten Chauvinisten darüber in Aufregung gerathen sollten.

Die Begeisterung der Pariser für das Gasthaus am Boulevard Magenta, das Radetzky errichtet gemacht hat, scheint doch nicht so fruchtbar gewesen zu sein, wie zuerst geglaubt worden war. Der Held Herot bewirbt sich um eine Amtseniervorteile im Stadthaus, die aber schwer zu erlangen ist als Ehrenmünzen und Liebesbriefe, und der Wirth Vervy verlangt vom Minister des Innern 10,000 Franken, weil sein Geschäft darüber zu Grunde gebe. Natürlich wird er keinen Pfennig bekommen, aber schon das Gedächtniß bezeichnend für die Einbildungs-kraft eines Pariser Wirths.

Wie verlautet, hätte der aus Rom zurückkehrende Kardinal Foulon (Yvon) vom Papst den vertraulichen Auftrag erhalten, den französischen Episkopat zur Vereinfachung „gewisser Schwierigkeiten“ zu überreden. Worin diese „Schwierigkeiten“ bestehen, darüber kann ein Zweifel nicht obwalten. Bleibt abzuwarten, ob der Kardinal mehr vermag, als die päpstliche Enckelsla.

Wie schon angekündigt, wird für die Niederlande wieder ein besonderer Militärbevollmächtigter ernannt; es ist dies der Mittelmeister Daillet, Sohn des früheren Generalfeldmarschalls. Der Militärbevollmächtigte in Brüssel, Oberstleutnant von, wird für die Schmälerung seines Wirkungskreises durch Advancement entschädigt. Lebon soll sich auf seinem Posten in Belgien sehr wohl gemacht haben. In Lüttich ist ein Major der Infanterie, Verhaert, im Sudan abermals ein Offizier am gelben Fieber gestorben, ein Rittmeister Harmand. Als ein Beispiel von ungläublicher „Erfolglosigkeit“ führt „Progres militaire“ an, daß im vergangenen Jahre aus einem an der äußersten Grenze (lies „Grenz“) stehenden

Annahme von Inzeraten Stollmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele. Elberfeld W. Thienes. Greiswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Heinr. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens, Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

den Kavallerie-Regiment zwei Schwadrons für die Errichtung eines neuen Regiments in der äußersten Bretagne genommen wurden, so daß das Grenzregiment zur Zeit in jeder Schwadron noch 40 ungerittene Reutenen steht.

Italien.

Rom, 22. April. (W. Z. B.) Die internationale Konferenz der Vereine vom Roten Kreuz nahm in ihrer heutigen Sitzung eine Tagesordnung an, durch welche die Signaturmächte der Genfer Konvention aufgefordert werden, die Wohlthaten der letzteren, soweit es thunlich sei, auf den Seefrieg auszuweihen.

Rom, 22. April. (W. Z. B.) Nach einer Meldung der „Agenzia Stefani“ hat König Humbert heute die Demission des Finanzministers Colombo angenommen und den Schatzminister Lugazzi einzuweisen mit der Verwaltung des Finanzressorts beauftragt. Alle übrigen Minister verbleiben auf ihren Posten.

Schweden und Norwegen.

Gothenburg, 21. April. In Schweden hat sich der Ausfall bisher nur im nordwestlichen Teil des Landes (Längs des Bottnischen Meerbusens) gezeigt, im südlichen und südwestlichen Teil des Reiches hat man, wenigstens in diesem Jahrhundert, nichts von demselben gewußt. Um so größerer Aufseher hat es erregt, daß neuerdings an der Raigaragafälle zwei ausgeprägte Fälle von Ausfall konstatiert sind. Die beiden von dieser Seuche befallenen Personen sind von einem hiesigen angehenden Arzte einer Versammlung von Berufsgelehrten vorgeführt worden. Es handelt sich in beiden Fällen um die sogenannte anästhetische Knotenform, welche 18 Jahre andauert, nur fast ausnahmslos mit dem Tode endet. In Norwegen giebt es bekanntlich gegenwärtig noch ganze Distrikte, wo gegen 2 Prozent der Bevölkerung vom Ausfall befallen sind.

Großbritannien und Irland.

London, 21. April. Die Hiesige Tage zeichnen sich gewöhnlich in England durch ausnehmend scharfe Witterung aus, heuer aber sind wir ganz besonders heimgesucht worden und so mancher unternehmende Feiertagslustige hat jetzt schwer zu leiden. Trotz des heute eingetretenen Sommerwetters ist ganz London daher verschneit. Seit Wintersonnenwend ist die erste Hälfte des April nicht so warm ausgefallen, umso mehr wurde der jähe Wechsel empfunden, namentlich von den armen Heerwilligen, welche zum Teil sogar Zeltlager bezogen hatten, um während der Feiertage ein bißchen Piff, Paff zu spielen. Die sogenannten „Männer“ sollten den Vorkriegs eines, an drei verschiedenen Punkten gelandeten Feindes auf London verfallen: die Aufgabe der Verteidiger bestand selbstverständlich darin, die drei feindlichen Kolonnen getrennt zu halten und unmöglich aufzubrechen. Es verlautet nicht der Mähe, die „Jede“ weiter zu erfolgen, indem die Ausführung auf ein ander Mal verschoben werden mußte. Ueber Nacht hatte sich ein nassereisiger Schwalld eingefunden und das ganze Operations-terrain unpässlich gemacht. Der Schnee lag in manchen Theilen tief und die Telegraphenleitung war an der ganzen Stütze entlang unterbrochen. Die „Männer“ mußten daher vorläufig eingestellt werden und erst am Montag Morgen konnte man wieder „Führung“ nehmen. Dann aber ging's los; auf allen Punkten zugleich entbrannte der Kampf — ein Weltkampf, welche Seite am schnellsten die Munition verfallen konnte. Die Entscheidung ist zur Stunde noch nicht bekannt, da die Unparteiischen noch immer mit den Bruchtheilen der gerabegabefabelhaften Leistungen zu thun haben. Senng an dem; nach dem Dampf der Gefühle und dem Feuer der Salven zu urtheilen, ist es überall gelungen, in ungläublich kurzer Zeit das vorhandene Pulver zu verbrennen, und das war augenscheinlich der eigentliche Zweck der Sache. Das Zusammenwirken der verschiedenen Truppenkörper war zwar allenthalben kameradschaftlich, aber doch so spontan, als daß man auf irgend einen Plan hätte schließen können. Der Tag verlief nicht ohne einige amüsante Kriegsepisoden. So signalisirte ein ehrbarer Kanonier mit seiner Flagge wie wahrhaftig nach irgend einem unbestimmten Punkte, nachdem seine Batterie schon lange vom Feinde genommen worden war. Verfragt, was er denn mit dem Flaggengefädel bezwecke, erwiderte der freiwillige Mann im Rode des Krieges gelassen: „Mir wurde gesagt, ich sollte nach rückwärts signalisieren, und das habe ich gethan. Wenn ihr euch mittlerweile gefangen nehmen laßt, so kann ich nichts dafür.“ Auf die weitere Frage, was er beim eigentlich signalisirt habe, bemerkte er unwirsch: „Signalisieren läßt sich nicht in einem Tage erlernen, die da hinten vertrieben auch nicht, also hat es Niemandem was geschadet.“

Urkünftig ist die Art und Weise, wie Kommandos erteilt werden, und welcher Aufwand mitunter dazu gehört, um die Befolgung zu erwirken. Eine Abteilung Scharfschützen feuerte lustig in der Richtung, wo der Feind vermutet wurde, aber nicht sichtbar war, wobei die wackeren Jäger überdies ihre berittene Infanterie, die unmittelbar vor ihnen das Terrain rekognosizirte, in Grund und Boden schossen. Das ging selbst dem General zu weit. Er galoppirte heran und kommandirte in höchst eigener Person: Feuer einstellen, ohne aber im Staube zu sein, sich im Geräusch der Schlacht hörbar zu machen. Nun wurde ein Adjutant nach dem zurückgebliebenen Porzellan geschickt und, als dieser endlich erschien, das Signal geblasen, alles aber vergeblich! Die Schützen waren so im Schießen vertieft, daß alles andere darüber vergessen schien, und erst den vereinten Kräften der Offiziere gelang es, dem graulichen Spiel ein Ende zu machen, wobei der Herr General es übrigens nicht unter seiner Würde hielt, persönlich „einzuschreiten.“

Als Feiertags-Sport sind die „Männer“ der Freiwilligen recht anerkennendwerth, entbehren aber selbstverständlich vom militärischen Standpunkt jedweden Interesses. Die ganze freiwillige Armee ist überhaupt nur insofern von Wichtigkeit, als sie beweist, was für vorzügliches Material für eine wirkliche Armee in England vorhanden ist, und wie mangelhaft die Heeresverwaltung sein muß, daß es ihr nicht gelingt, sich dieses vortrefflichen Materials zu Nutzen zu machen und zur Bildung eines wirklich kriegsfähigen Heeres baureich heranzuziehen. Wenn man annimmt, daß an 20,000 dieser Freiwilligen sich nicht nur aus freiem Willen, sondern auch

